

Niederschrift

Über die 13. Sitzung (KW 2019-2024) des Ortsgemeinderates Mörsdorf am 16.07.2020 im Gemeindehaus in Mörsdorf.

Beginn: 19:32 Uhr

Vorsitzender: Marcus Kirchhoff

Schriftführer: Thore Klingels

Anwesende: Herbert Schmitz, Hans- Peter Färber, Franz Silbernagel, Thomas Wust, Hans-Peter Platten, Manfred Zilles, Heiko Brachtendorf, Hildegard Scholl, Peter Wendling (bis 22:19 Uhr), Jürgen Weins

Unentschuldig Fehlende: Hermann Reinartz, Berni Seibel

Gäste: Heidi Baumgarten, KiTa Buch und Tobias Vogt, Ortsbürgermeister Buch

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die in ihrer Zahl beschlussfähigen Ratsmitglieder sowie die anwesenden Bürger und Gäste zur dreizehnten Gemeinderatssitzung.

Vor Beginn der Sitzung bittet der Vorsitzende den Rat um die Aufnahme von drei weiteren Tagesordnungspunkten:

- **Top 11: Beratung und Beschlussfassung zur Montage einer Glocke für die Friedhofskapelle.**
- **Top 12: Digitalisierung Grundschule Mörsdorf.**
- **Top 13: Beratung und Beschlussfassung zum Ankauf von Bänken und Spielgeräten.**

Der ehemalige Top 11 „Mitteilungen und Anfragen“ würde demnach zu Top 14.

Dieser Änderungen stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

Der Vorsitzende bittet, die Corona bedingten Abstandsregelungen einzuhalten und laut und deutlich zu sprechen, damit die Zuhörer dem Geschehen folgen können und beginnt mit der Tagesordnung.

Top 1: Einwände zur Niederschrift -öffentlicher Teil- vom 09.06.2020.

Es bestehen keine Einwände.

Top 2: Beratung und Beschlussfassung zur Betriebsträgerschaft der neuen Kindertages- und Begegnungsstätte.

Der Vorsitzende erklärt, dass mit dem Neubau des Mörsdorfer Kindergartens die Frage einer zukünftigen Betriebsträgerschaft geklärt werden müsse.

Schon bei einem ersten Treffen am 09.05.2018 mit Vertretern des Landesjugendamtes, des Kreisjugendamtes, der Verbandsgemeinde, des Bistums Trier, Herrn Pfarrer Flöck, Frau Dräger von der Kita GmbH, den Vertretern des Fördervereins St. Kastor, Pia Wust und Diana Großhardt-Fuchs,

Niederschrift vom 16. Juli 2020, des Ortsgemeinderates Mörsdorf

Ratsmitglied Manfred Zilles und ihm selbst, so der Vorsitzende, hat man sich die Frage nach der Betriebsträgerschaft gestellt. Zu diesem Zeitpunkt versprach der Vertreter des Bistums einen Baukostenzuschuss für den Fall, dass die Gemeinde Mörsdorf die Betriebsträgerschaft für 25 Jahre auf die Kita GmbH übertragen würde. Ein Angebot blieb jedoch aus.

Der Vorsitzende erhielt am 18.06.2020 ein Schreiben der Rendantur, in dem ein „letztmaliger Baukostenzuschuss in Höhe von max. 92.000 Euro“ in Aussicht gestellt wird. Allerdings vorbehaltlich der Haushaltslage und der Zustimmung diverser Gremien des Bistums. Kosten, die mit dem alten Kindergartengebäude entstehen, wie z.B. dessen Abriss, würden vom Zuschuss abgezogen. Voraussetzung für diesen „letztmaligen Baukostenzuschuss“ wäre die Übertragung der Betriebsträgerschaft des neuen Kindergartens an die Kita-gGmbH für die kommenden 25 Jahre.

Die von der Rendantur maximal angebotenen 92.000 Euro entsprechen etwa 5% der voraussichtlichen Baukosten des Kindergarten-Neubaus, so der Vorsitzende.

Am 24.06.2020 fand auf Einladung von Frau Dräger, zuständige Gesamtleitung u.a. für den Kindergarten „St. Castor“, ein Treffen in besagtem Gebäude statt. Anwesend waren für den Pfarrverwaltungsrat Hildegard Scholl, Anne Schnorpfeil und Franz Josef Petry, die örtliche Leitung des Kindergartens, Jeanette Punt sowie für die Gemeinde der Vorsitzende und dessen beiden Beigeordneten. Thema war zunächst die Anforderungen des ab Mitte des kommenden Jahres geltenden neuen Kitagesetzes. Dessen Umsetzung sei, so Frau Dräger, in den aktuellen Räumlichkeiten nicht möglich und durch den zusätzlich gekürzten Personalschlüssel wäre auch die seitens des Gemeinde angebotene Bereitstellung eines Containers keine Lösung. Ab Mitte 2021 wird der Betrieb in den alten Räumen voraussichtlich nur noch sieben Stunden ab Eintreffen des ersten Kindes möglich sein, ein gemeinsames Mittagessen wird voraussichtlich nicht mehr möglich sein. Auch die Frage der Betriebsträgerschaft des neuen Kindergartens müsse, so Frau Dräger, zügig geklärt werden, damit die Kita gGmbH Planungssicherheit habe. Der Vorsitzende und seine Beigeordneten erklärten, dass sie den Kindern und Eltern in jedem Fall eine Alternative anbieten würden, um die Betreuung wie gewohnt bis zum Nachmittag zu gewährleisten, sollte das im alten Kindergarten nicht mehr möglich sein bzw. bis der neue Kindergarten bezogen werden kann. Ausserdem sagten sie zu, die Frage der Betriebsträgerschaft in Kürze zu klären.

In der Verbandsgemeinde Kastellaun befinden sich sechs Kindergärten in kirchlicher und sechs in kommunaler Betriebsträgerschaft. Es wäre also nicht ungewöhnlich, den neuen Kindergarten kommunal zu führen, so der Vorsitzende.

Jetzt stellt er die anwesenden Gäste vor. Bärbel Baumgarten ist Leiterin des kommunalen Kindergartens und Tobias Vogt ist Bürgermeister und Verantwortlicher für den Bucher Kindergarten. Er bittet beide, von Ihrer Arbeit und ihren Erfahrungen zu berichten, die das Leiten und Betreiben eines kommunalen Kindergartens mit sich bringt und ermuntert die Ratsmitglieder, Fragen dazu zu stellen.

Der Vorsitzende gibt das Wort zunächst an Herrn Vogt. Dieser erklärt, dass die gemeindliche Trägerschaft einen Kindergarten zu etwas Einzigartigem macht, weil er in der Verantwortung der Gemeinde mit ganz besonderer Leidenschaft getragen würde. Er selbst wäre, wie fast alle Bürger seiner Gemeinde bereits in diesen Kindergarten gegangen, was die Verbindung natürlich stärkt. In Anbetracht dieser Identifikation sei die Gemeinde gerne bereit zu investieren, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Auch „der kurze Draht“ zur Leitung des Kindergartens sei ein großer Vorteil. Problemen, Wünschen oder Anfragen würde sich der Gemeinderat oder der Bürgermeister direkt annehmen und versuchen, ein bestmögliches Ergebnis zu erarbeiten.

Allerdings seien die rechtlichen Anforderungen immens, erklärt der Bucher Bürgermeister. Für „Ehrenämter“ sei es eine schwierige Aufgabe, die sich ständig ändernden, rechtlichen Anforderungen

Niederschrift vom 16. Juli 2020, des Ortsgemeinderates Mörsdorf

zu erkennen und entsprechend einzuhalten. Ohne die Hilfe der VG wäre das seiner Meinung nach kaum möglich.

Frau Baumgarten erklärt, dass viele Gespräche und Treffen nötig sind, um eine funktionierende Trägerschaft gewährleisten zu können. Die Verantwortung des Trägers wächst stetig. Nur wenn alle Beteiligten harmonieren, kann dies einwandfrei funktionieren. Abschließend macht Frau Baumgarten deutlich, dass die Entscheidung, die der Rat hier zu treffen habe nicht einfach sei. „Wenn man so viel investiert, dann sollte man auch ein Mitspracherecht haben“ gibt sie zu bedenken. Und das sei eben nur möglich, wenn die Gemeinde auch Träger der Einrichtung sei.

Hildegard Scholl erklärt, dass es in Anbetracht der Weite der Entscheidung sinnvoll gewesen wäre, Vertreter der KiTa gGmbH einzuladen, worauf der Vorsitzende erklärt, dass man dies nachholen könne, der Rat jedoch seit Jahren bestens mit der Vorgehensweise der KitagGmbH vertraut sei.

Der Kindergarten Buch bietet neben der normalen Kleinkinderbetreuung auch eine Schulkinderbetreuung an, erklärt Frau Baumgarten auf Nachfrage. So ist es der Gemeinde Buch wichtig, den Schulkindern ein Angebot zur Betreuung bieten zu können, welches abgestimmt auf die Kinder und deren Eltern ist.

Auf die Frage, wie Fehlzeiten des Personals durch z.B. Krankheit kompensiert würden erklärt Frau Baumgarten, dass einige Mütter und Großmütter Verwandte und Freunde bei Bedarf einspringen, um den Betrieb aufrecht zu halten. Diese Aushilfen sind zeitlich begrenzt möglich, eine pädagogische Ausbildung ist nicht notwendig.

Tobias Vogt macht auf Nachfrage deutlich, dass es sich hier um den einzigen Kindergarten handelt, den die Gemeinde zu betreuen hat. Daher könne man ihm absolute Leidenschaft entgegenbringen, was wiederum nicht möglich wäre, wenn man mehrere vergleichbare Einrichtungen zu betreuen hätte. Zu beachten sei allerdings, dass ein Bürgermeister allein nicht qualifiziert ist, die Leitung und damit volle Verantwortung für ein solches Projekt zu übernehmen. Dafür habe die VG eine eigene Abteilung eingerichtet, die die Gemeinden unterstützt.

Ratsmitglied Peter Wendling steht einer Abstimmung über die Trägerschaft kritisch gegenüber, er wünscht sich mehr Informationen zu den Optionen. Dem entgegnet der Vorsitzende, dass im Rahmen dieser Sitzung sämtliche Fragen geklärt werden können. Wichtig sei ihm, dass der Rat sich darüber im Klaren wird, welche Konsequenzen es mit sich bringt, wenn man sich für einen fremden Träger oder die Trägerschaft durch die Gemeinde entscheidet. Bei der kommunalen Trägerschaft entscheidet die Gemeinde über das Konzept, die Einstellung des Personals oder z.B. die Öffnungszeiten usw. selbst. In Anbetracht der Kosten zum Bau des Kindergartens und der großen Anstrengung der Gemeinde sei es aus seiner Sicht von großer Bedeutung, so der Vorsitzende, dass die Gemeinde die Geschicke dieser Einrichtung selbst lenken kann.

Gibt man die Trägerschaft ab, ist man „nicht mehr Herr im eigenen Haus“, verdeutlicht Thomas Wust. Geben wir die Trägerschaft ab, würden Personaleinstellung, konzeptionelle Planungen etc. dem „fremden“ Träger unterliegen. Belastungen würden zwar gesenkt, allerdings sei der Preis dafür die Abgabe jeglicher Entscheidungsgewalt, und das für die nächsten 25 Jahre, ergänzt Manfred Zilles. Entscheidet man sich für eine kommunale Trägerschaft und scheitert daran, hat man nach wie vor die Möglichkeit, sie wieder an die Kirche abzugeben.

Bezüglich der Kosten wünscht sich Peter Wendling nochmals eine Kalkulation von Herrn Heinz-Lauf, welcher die jeweiligen Kosten der beiden Modelle gegenüberstellen soll.

Bevor der Vorsitzende die Sitzung um 20:26 Uhr unterbricht, damit die anwesenden BürgerInnen ihre Meinung äußern können, fasst er noch einmal zusammen: Die Gemeinde müsse sich zunächst im Klaren sein, dass dies keine Sache des Geldes sei, vielmehr steht die Qualität im Vordergrund. Die

Niederschrift vom 16. Juli 2020, des Ortsgemeinderates Mörsdorf

Kinder müssen, neben den Bedürfnissen der Eltern, an erster Stelle stehen. Dies kann durch eine kommunale Trägerschaft eher geleistet werden, als durch eine Kirchliche. Entgegen der Kritik muss zudem festgehalten werden, dass die Hälfte der Kindergärten der Verbandsgemeinde in kommunaler Trägerschaft ist. Daher könne man davon ausgehen, dass auch die Gemeinde Mörsdorf ein solches Unterfangen bewältigen kann.

Jetzt sprechen sich vor allem die anwesenden Eltern und ErzieherInnen für eine kommunale Trägerschaft aus. Sie machen deutlich, dass es ihnen wichtig ist, dass der Kindergarten und dessen Leitung flexibel ist und auf die Bedürfnisse der berufstätigen Eltern eingeht. Auch sollen stetiger Personalwechsel und unverhältnismäßige Öffnungszeiten, wie es in der Vergangenheit häufig der Fall war, verhindert werden. Sie betonen, dass die Bearbeitung verschiedenster Anträge zeitnah geschehen muss und Ansprechpartner schnell erreichbar sein müssen. Wichtig ist ihnen auch, dass für ErzieherInnen ein gewisser Grad an Selbständigkeit gewährleistet sein muss.

Zusammenfassend plädieren sowohl die anwesenden Eltern wie auch die ErzieherInnen für kurze Dienstwege, eine gute Kooperation mit dem Träger und eine freie Mitgestaltung. Sie sprechen sich eindeutig für die kommunale Trägerschaft aus.

Im Anschluss schließt der Vorsitzende die Öffentlichkeit wieder aus und öffnet die Sitzung wieder (20:52 Uhr). Er bedankt sich bei den beiden Gästen und den anwesenden Bürgern für die zahlreichen Wortmeldungen.

In der anschließenden Beschlussfassung spricht sich der Rat mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen für die kommunale Betriebsträgerschaft des zukünftigen Mörsdorfer Kindergartens aus.

Top 3: Erschließung des NBG „Breitwies“ in der Ortsgemeinde Mörsdorf; Vergabe eines Planungsauftrages zur Erschließungsplanung.

Der Vorsitzende teilt dem Rat mit, dass der Planungsauftrag zur Erschließung des Neubaugebietes noch zu vergeben ist. Hierzu hat die Verbandsgemeinde drei Angebote eingeholt und macht folgenden Vergabevorschlag:

Wertung der Angebote und Vergabevorschlag

Am Tag der Abgabe der Honorarangebote lagen Angebote von drei Planungsbüros vor. Die Prüfung wurde mit den Angeboten dieser drei Planungsbüros durchgeführt.

Nach Durchsicht der Unterlagen haben alle Planungsbüros die Vorgabekriterien eingehalten.

Bieter	Entw.-Planung, netto	Straßenpl., netto	Gesamtsumme, netto
Dr. Siekmann+Partner	31.515,52 €	25.665,12 €	57.180,64 €
Dillig Ingenieure	30.336,75 €	25.691,40 €	56.328,15 €
Büro SLP	27.117,49 €	22.062,37 €	49.179,86 €

Das günstigste Planungsangebot hat das Büro SLP mit einer Netto-Gesamtsumme von **49.179,86 €** abgegeben.

Das Büro SLP ist ein in allen Bereichen der Erschließungsplanung tätiges und erfolgreich agierendes Planungsbüro. Es ist uns aus einer Vielzahl von städtischen und gemeindlichen Baumaßnahmen bekannt. Die Honorarzone, wie auch die prozentualen Ansätze liegen im üblichen Bereich.

Niederschrift vom 16. Juli 2020, des Ortsgemeinderates Mörsdorf

Wir empfehlen deshalb die Auftragsvergabe an das Büro Stadt- Land plus GmbH aus Boppard-Buchholz.

Der Rat erteilt den Auftrag zu den Planungsleistungen einschließlich der Bauvermessung (Kontrollvermessung der Bauausführung) und der Bauleitung einstimmig an das Büro Stadt-Land-plus GmbH zum **Nettoangebotspreis von 49.179,86 €** zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer.

Top 4: Beratung und Beschlussfassung zu Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Km/h.

Während der letzten Sitzung kam der Vorschlag, eine Grundsatzentscheidung zu einem generellen Tempolimit auf den Dorfstraßen Mörsdorfs und wegen des hohen Fußgängeraufkommens auch auf der Landesstraße zu diskutieren. Hierzu fordert der Vorsitzende die Ratsmitglieder auf, reihum zu erläutern, ob dieses jeweils mit der generellen Tempobeschränkung einverstanden sind.

Die Ratsmitglieder sprechen sich grundsätzlich für ein solches Tempolimit aus, einige stellen jedoch in Frage, ob es im ganzen Dorf greifen soll.

Da die Landesstraße in der Obhut des LBM liegt, wird dazu ein separater Beschluss gefasst.

Der Rat ist mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mit der generellen Tempobeschränkung auf 30 Km/h auf den Dorfstraßen Mörsdorfs einverstanden.

Der Rat bittet den LBM mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung auf der L 204 und der K 38 jeweils innerhalb der Dorfdurchfahrt eine generelle Tempobeschränkung auf 30 Km/h zuzulassen bzw. auszuschildern.

Top 5: Beratung und Beschlussfassung zu Umbauarbeiten am Wohnmobilstellplatz

Aufgrund der Tatsache, dass der Wohnmobilstellplatz in Eigenarbeit, insbesondere aus Zeitgründen kaum zu bewältigen ist hat der Vorsitzende mit seinen Beigeordneten sowie mit der Bauabteilung der Verbandsgemeinde entschieden, die nötigen Befestigungs- und Asphaltarbeiten im Rahmen der vorliegenden Einheitspreise an die Firma Wust zu vergeben.

Firma Wust hat inzwischen die notwendigen Arbeiten, insbesondere den Kanalanschluss und das Planum für die Asphaltarbeiten erledigt. Die Asphaltierung soll am 17. Juli 2020 erfolgen.

Geplant ist u.a. ein asphaltierter Fußweg, der die Windorfer Straße und den Wirtschaftsweg am Grüngutplatz verbindet, der Einbau der Ver- und Entsorgungsanlagen für die Wohnmobile und die Asphaltierung der Zufahrt, insbesondere im Schrankenbereich. Die Schrankenanlage soll am 27. Juli 2020 montiert werden.

Die Arbeiten werden im Rahmen der dafür im Haushaltsplan eingestellten Mittel ausgeführt.

Das Angebot der Firma Wust beläuft sich für die Herstellung des Kanalanschlusses und der Versorgungsleitungen auf 17.361 Euro netto, das Angebot für die Befestigungs- und Asphaltarbeiten auf 20.907 Euro, zusammen also 38.268 Euro netto.

Der Rat ist mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mit der Vergabe der Arbeiten am Wohnmobilstellplatz an die Fa. Wust zum Angebotspreis in Höhe von 38.268 Euro netto einverstanden.

Niederschrift vom 16. Juli 2020, des Ortsgemeinderates Mörsdorf

Top 6: Beratung und Beschlussfassung zur Vergabe von Pflegearbeiten an den Wanderwegen.

Der Vorsitzende erklärt, dass in der Gemarkung Mörsdorf aktuell etwa 75 km ausgeschilderte Wanderwege vorhanden sind. Diese müssen unterhalten und gepflegt werden, damit sie begehbar bleiben.

Wegen der täglich anfallenden Arbeiten im Dorf sind die Gemeindemitarbeiter kaum in der Lage, die Wege nachhaltig zu warten.

Die Wanderwege sind jedoch für die Einheimischen und die Touristen von großer Bedeutung und sollten schon wegen aus Haftungsgründen in einem korrekten Zustand sein.

Die Pflege der Wege wird weder vom Wanderverein noch von anderen ehrenamtlich Arbeitenden nachhaltig übernommen. Es müsste sichergestellt sein, dass die Wege mindestens zweimal im Jahr gemulcht oder gemäht, Geländer repariert oder gerichtet werden, die Wege im Bereich von Nassstellen begehbar bleiben usw. Dies ist insbesondere an Stellen, die nicht mit dem Traktor oder Mulcher erreichbar sind für die Gemeindemitarbeiter zeitlich nicht zu bewerkstelligen.

Der Rat spricht sich dafür aus, dass die Gemeinde für die Pflege der Wanderwege zusätzliche Hilfskräfte auf 450 Euro Basis einstellt. Vorzugsweise sollten diese auch in Mörsdorf wohnen. Die Gemeinde würde die entsprechenden Geräte zur Verfügung stellen. Sollte sich niemand finden, muss eine Firma beauftragt werden, um die Wege in Stand zu halten.

Der Rat ist einstimmig mit dem Einsatz von Mitarbeitern auf 450 Euro Basis einverstanden und bittet den Vorsitzenden, ein entsprechendes Inserat aufzugeben.

Top 7: Beratung und Beschlussfassung zur Beschilderung eines Wanderweges.

Um die vielen Besucher auf direktem Weg vom Parkplatz P 2 und P 3 zum Sosberger Brückenkopf zu führen, hat der Vorsitzende einen neuen Wanderweg ausarbeiten lassen. Dieser führt vom Wohnmobilstellplatz über den dahinterliegenden Asphaltweg über den Schotterweg zum Feuerplatz, weiter zur Fettsmühle, dort über den Bach zum 5-Wege-Platz und weiter zum Sosberger Brückenkopf. Weiterer Pflegeaufwand ist hier nicht von Nöten, da über vorhandene Wege geführt wird. Der Vorsitzende zeigt eine Übersichtskarte via Beamer.

Die Kosten für die durchgängige Beschilderung liegen bei rund 7.000 Euro.

Nach kurzer Beratung ist der Rat einstimmig mit der Ausweisung des beschriebenen, zusätzlichen Wanderweges einverstanden, vorausgesetzt, die Gemeinden Forst und Sosberg haben keine Einwände.

Top 8: Annahme von Spenden

1. Marita Steffen hat der Ortsgemeinde Mörsdorf zur Förderung kirchlicher Zwecke eine Spende in Höhe von 800,00 € zukommen lassen. Aufgrund der Mitteilung des Ortsbürgermeisters Marcus Kirchhoff vom 02.07.2020 ist bei der Einwerbung/Entgegennahme der Zuwendung keine Beeinflussung bei der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben zu erwarten.

Der Ortsgemeinderat ist einstimmig mit der Annahme der Spende einverstanden.

2. Die Raiffeisenbank Kastellaun eG hat der Ortsgemeinde Mörsdorf zur Förderung der Erziehung eine Spende von 160,00 € zukommen lassen. Aufgrund der Mitteilung des Ortsbürgermeisters Marcus Kirchhoff vom 02.07.2020 ist bei der Einwerbung/ Entgegennahme der Zuwendung keine Beeinflussung bei der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben zu erwarten.

Der Ortsgemeinderat ist einstimmig mit der Annahme der Spende einverstanden.

Top 9: Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Hundesteuersatzung

Der Vorsitzende erklärt, dass die Hundesteuer zukünftig per Dauerbescheid festgesetzt werden soll. Der Steuerpflichtige soll, um Papier, Porto und Verwaltungsaufwand zu sparen, zukünftig nur noch einen Bescheid erhalten, wenn sich die steuerlichen Verhältnisse ändern. Für die Grundsteuer ist die Umstellung auf Dauerbescheide bereits erfolgt.

Für den Dauerbescheid zur Hundesteuer ist es notwendig, die Hundesteuersatzung noch im laufenden Jahr 2020 anzupassen. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird empfohlen, das dem Rat bereits vorliegende Satzungsmuster des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz zu verwenden.

Die Ratsmitglieder haben sich bereits in die Thematik eingelesen. Heiko Brachtendorf betont, dass es sich hierbei nicht um eine Erhöhung der Steuer sondern lediglich um die Neufassung der Hundesteuersatzung.

Der Gemeinderat ist mit der vorliegenden Neufassung der Hundesteuersatzung einstimmig einverstanden.

Top 10: Nachbesetzung in den Ausschüssen - Vorschlagsberechtigigt: WG Färber

10.1) Mitglied im Jugendausschuss

10.2) Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss

Der Vorsitzende informiert den Rat darüber, dass durch den Ausstieg von Julian Schmitz die Ausschüsse nach zu besetzen sind.

10.1) Im Jugendausschuss befinden sich für die WG Färber die Ratsmitglieder Manfred Zilles, Thomas Wust und Hans-Peter Platten.

Für das ausgetretene Mitglied — Julian Schmitz — wird Herbert Schmitz einstimmig als neues Mitglied eingesetzt (Herbert Schmitz selbst enthält sich).

10.2) Im Rechnungsprüfungsausschuss befindet sich für die WG Färber das Ratsmitglied Thomas Wust.

Für das ausgetretene Mitglied — Julian Schmitz — wird Hans-Peter Färber einstimmig als neues Mitglied eingesetzt (Hans-Peter Färber selbst enthält sich).

Top 11: Beratung und Beschlussfassung zur Montage einer Glocke für die Friedhofskapelle

Der Vorsitzende erklärt, dass sich der Gemeinderat bereits in der letzten Ratsperiode mit der Montage einer Glocke im Turm der Friedhofskapelle beschäftigt hat. Nun hat Marita Steffen mit Ihrer Spende das Thema nochmals angeschoben.

Niederschrift vom 16. Juli 2020, des Ortsgemeinderates Mörsdorf

Der Vorsitzende hat ein Angebot beim „Eifeler- Glockenservice“ aus Schalkenmehren eingeholt.

Eine Glocke im Ton „C“ mit 378 mm Durchmesser und ca. 38 KG Gewicht könnte im Turm montiert werden. Die Glocke würde speziell für die Kapelle gegossen werden und wäre mit einem unter dem Vordach außen hängenden Seil zu bedienen.

Die Herstellung, Lieferung und Montage der Glocke beträgt 4.248 Euro brutto.

Auf Nachfrage, ob dies zu Problemen mit den Anwohnern führen könnte, erklärt der Vorsitzende, dass die Glocke in erster Linie als Totenglocke genutzt werden soll.

Der Rat ist mit der Installation einer Glocke im Turm der Friedhofskapelle zum Preis von 4.248 Euro brutto einstimmig einverstanden.

Top 12: Digitalisierung Grundschule Mörsdorf

Der Vorsitzende berichtet, dass der Schulträgerausschuss der Verbandsgemeinde Kastellaun getagt hat. Dort hat man angeregt, die Digitalisierung der Grundschulen in Trägerschaft der Verbandsgemeinde zu beschleunigen. Am Freitag, den 10. Juli 2020 haben Herr Daub und Herr Adamus von der Verbandsgemeindeverwaltung mit dem von der Verbandsgemeinde beauftragten Elektroplaner, Herrn Pörsch aus Beltheim, den entsprechenden Zeitplan abgestimmt. Um das Verfahren abzukürzen und Kosten zu sparen, schlägt die Verbandsgemeindeverwaltung vor, die Digitalisierung der Grundschule Mörsdorf, die sich in Trägerschaft der Ortsgemeinde befindet, mit auszuschreiben und zu beauftragen. Die prognostizierten Kosten belaufen sich für die Grundschule Mörsdorf auf rund 7.900 €, wobei die Verwaltung versuchen wird, die Kosten im Wege des Digitalpaktess beim Land geltend zu machen. Da hierdurch 90 % gefördert werden würden, bliebe für die Ortsgemeinde ein Kostenanteil von ca. 790 €. Die Maßnahme an der Grundschule Mörsdorf soll bereits in den Herbstferien umgesetzt werden.

In den 7.900 € sind insbesondere Leistungen eines Elektrikers enthalten, der die pädagogisch genutzten Räume mit Strom- und Netzkabeln erschließt. Diese digitale Erschließung ist Voraussetzung für den Einsatz von Smartboards und digitalen Endgeräten wie iPads etc. und dient damit letztlich der Sicherung des Schulstandortes.

Der Ortsgemeinderat stimmt einstimmig dafür, den Ortsbürgermeister / die Verwaltung mit der Beantragung der Mittel aus dem Digitalpakt zu beauftragen und ermächtigt den Ortsbürgermeister zum Erteilen der notwendigen Aufträge zur Digitalisierung der Grundschule Mörsdorf.

Top 13: Beratung und Beschlussfassung zum Ankauf von Bänken und Spielgeräten.

Am Bushalte- und Wendeplatz sind Aussparungen für Sitzbänke im Wartebereich angelegt, nun fehlen dort die Bänke. Auch an der Ecke Wirtschaftsweg zum Grüngutplatz und neuer Fußweg am Wohnmobilstellplatz ist durch die neue Situation die dortige, bisher sehr beliebte Bank mit schöner Aussicht weggefallen.

Der Vorsitzende schlägt vor, für den Bushalte- und Wendeplatz zwei Bänke mit Lehne anzuschaffen und für die Ecke am Wirtschaftsweg eine Sitzgruppe bestehend aus zwei Bänken mit Lehnen und einem Tisch. Es liegt dazu ein relativ günstiges Angebot der Firma Espas vor.

Die Gesamtkosten betragen für vier Bänke und einen Tisch rund 1.690 Euro netto.

Die Bänke sollen am Boden befestigt werden, die Sitzfläche ist aus Holz und das Gestell aus verzinktem Stahl.

Niederschrift vom 16. Juli 2020, des Ortsgemeinderates Mörsdorf

Auf dem neuen Spielplatz soll des Weiteren ein erstes Spielgerät aufgestellt werden. Eine sogenannte Seilbahn, auf der die Kinder etwa 30 m an einem Seil fahren können, soll hier Platz finden.

Dieses Gerät kostet ohne Montage 2.599 Euro netto, die Montage kann in Eigenleistung erbracht werden.

Für beide Anschaffungen gilt der auf 16 % reduzierte Umsatzsteuersatz.

Der Rat ist mit der Anschaffung von vier Bänken, einem Tisch und einer Seilbahn im Gesamtwert von rund 4.300 Euro netto einstimmig einverstanden.

Top 14: Mitteilungen und Anfragen

- Der Vorsitzende informiert den Rat, dass er von AboWind auf Anfrage folgenden Sachstand zum neuen Windrad erhalten habe:

Das Verfahren ist nahezu abgeschlossen, allerdings verzögert die GDKE-Denkmalpflege das gesamte Verfahren nach wie vor. Leider ist Herr Wieß, der Verfahrensführer der Kreisverwaltung, schon auf dem Weg in den Ruhestand. Nur noch an einem Tag in der Woche ist er im Büro. Sein offizieller Nachfolger, Herr Külzer, hat sich in die Thematik bisher noch nicht wirklich eingearbeitet, bei Rückfragen verweist er stets an Herrn Wieß. Leider ist dieser telefonisch praktisch nicht mehr zu erreichen, auch schriftliche Rückrufbitten blieben bisher unbeantwortet.

Dennoch stellt sich nach wie vor auf Basis der behördlichen Stellungnahmen und Rückmeldungen eine Genehmigungsfähigkeit für den Großteil des Windparks dar. Insbesondere für die WEA 1 (Mörsdorfer Anlage) wurden keinerlei Ablehnungsgründe formuliert, wir gehen also von einer Genehmigung dieser (und weiterer) WEA aus. Zur Zeitschiene kann ich Ihnen aufgrund der nicht vorhandenen Ansprechbarkeit der Kreisverwaltung leider nichts Konkretes sagen. Nach unseren Rückrechnungen dürfte jedoch nächste Woche die Frist für die Stellungnahme der GDKE ablaufen, man darf also darauf hoffen, dass es im Juli eine Entscheidung gibt.

Durch AboWind werden auch die Infotafeln am Weg zur Brücke überarbeitet. Die Vorarbeiten hierfür laufen bereits.

- Der Vorsitzende informiert, dass er an Fronleichnam und dem darauffolgenden Wochenende (20. und 21. 06. 2020) probeweise ein Security-Dienst beauftragt hat, der die Einweisung des Parkplatzes „Sportplatz“ übernahm und Tagestickets im Wert von 6,00 € pro Fahrzeug verkaufte. Die Kosten für den Security-Dienst belaufen sich für diese vier Tage auf 2.860,00 € – die Einnahmen aus dem Ticketverkauf stehen mit 13.996,00 € dagegen.
- Der Vorsitzende teilt mit, dass die Gemeindegeschwester Hildegard Vogt für Ihre Fahrten durch das Dorf um die Bereitstellung eines Ebikes bittet. Dies, so Hildegard Voigt, würde sie bei ihren täglichen Fahrten durch Mörsdorf erheblich entlasten. Der Vorsitzende will ihr gerne entgegenkommen, da ihr Einsatz bereits die vertraglich vorgegebene Arbeitszeit überschreitet.

Im Rahmen Ihrer Anstellung müsste sie ein Ebike versteuern und/oder ein Fahrtenbuch führen, was die Sache wenig lukrativ macht. Alternativ könnte die Gemeinde ihr ein Ebike über Movelo im Rahmen der bereits geleasteten Räder zur Verfügung stellen. Das würde bei einer Laufzeit von 36 Monaten 76 Euro monatlich kosten. Nach 23 Monaten hätte die Gemeinde dann über 1.700 Euro bezahlt.

Fa. Binz in Kastellaun bietet aktuell ein Ebike für 1.700 Euro an. Der Kauf eines solchen Ebikes sei laut dem Vorsitzenden für alle Beteiligten die beste Lösung.

Nach kurzer Diskussion stimmt der Rat mehrheitlich für den Kauf eines Ebikes zum Preis von € 1.700. (10 x Ja/ 1 x Enthaltung)

- Im Rahmen des Baus der Bushalte- und Wendeanlage ist auch die bisherige Beschilderung der Verkehrsführung für Busse und Wohnmobile zu überarbeiten. Der Schilderplan wurde durch Stadt-Land-Plus und mit Herbert Schmitz und dem Bürgermeister überarbeitet. Darin hat man auch die bisherigen, offenbar zu kleinen Hinweisschilder für die Parkplätze vergrößert beziehungsweise berichtigt. Die Herstellung und Montage der Schilder wird im Rahmen der Bushalte- und Wendeanlage abgerechnet. Die konkrete Planung zeigt der Vorsitzende anhand von Plänen.
- Der Hauptausschuss der Verbandsgemeinde Kastellaun lehnt jegliche Beteiligung an den Kosten für den Security-Dienst an der Geierlay ab. Das Gremium vertritt die Meinung, dass die Finanzierung des Sicherheitsdienstleisters Sache der Ortsgemeinde Mörsdorf ist.
- Wolfgang Herbeck beantragt die Entfernung der Absperrung am Feldweg hinter seinem Grundstück, um dieses ungehindert erreichen zu können. Offenbar wird ihm die Durchfahrt seitens seiner Nachbarn verwehrt mit der Begründung, er könne auch über den Heckweg fahren.

Seitdem der Parkplatz am Friedhof geschlossen ist, hat sich die Situation an der K 38 entschärft. Das „Abpollern“ geschah nach der Schließung des Parkplatzes auf Bitte eines einzigen Anliegers, eben der, der jetzt die Durchfahrt seines Nachbarn behindert.

Der Vorsitzende macht deutlich, dass das „Abpollern“ eines öffentlichen Weges nur akzeptabel ist, wenn die Anlieger einverstanden sind beziehungsweise gleichberechtigt damit umgehen. Kommt es zum Streit, spricht sich der Vorsitzende dafür aus, die Poller wieder zu entfernen. Heiko Brachtendorf erklärt, dass dadurch „Wildparkern“ Einhalt geboten werden soll. Um 22:05 Uhr wird hierzu die Sitzung unterbrochen, um dem Betroffenen Wolfgang Herbeck das Wort zu erteilen, damit dieser sich ebenso wie Heiko Brachtendorf zuvor zu dem Geschehen äußern kann. Dieser beantragt einen eigenen Schlüssel, dessen Benutzung ihm freisteht oder die unverzügliche Entfernung der Poller. Der Rat spricht sich dafür aus, einen weiteren Schlüssel für ihn anfertigen zu lassen.

- Auf der Kirchstraße und am Anfang der Klosterstraße in Höhe der Kirche stehen seit kurzem deutlich mehr PKWs, insbesondere am Beginn der Klosterstraße, erklärt der Vorsitzende. Er ist der Meinung, dass auf der Kirchstraße auf der Seite der Schule und auf der Klosterstraße auf der Seite der Kirche ein Halteverbot eingerichtet werden sollte, damit die Straßen passierbar bleiben. Herbert Schmitz bietet sich an, dies noch einmal mit den Anwohnern abzuklären, bevor ein Halteverbot ausgesprochen und beschildert wird.
- Der Vorsitzende macht deutlich, dass noch immer Helfer zum Einweisen der Autos auf den Parkplätzen gesucht werden. Bei Interesse solle man sich an den Bürgermeister oder an Herbert Schmitz wenden.
- Der Vorsitzende teilt mit, dass er in der Zeit vom 25. Juli bis 09. August verreist ist. Beigeordneter Hans-Peter Färber vertritt den Bürgermeister in dieser Zeit.
- Hildegard Scholl schlägt vor, die Telefonnummer der Gemeindeschwester auf die Gemeinde-Homepage zu bringen, man wüsste ja als Aussenstehender nicht wie sie zu erreichen sei und welches ihre Aufgaben seien. Der Vorsitzende greift die Idee auf und bittet Hildegard Scholl,

eine Datei rund um die Gemeindeschwester und ihre Aufgaben zusammenzustellen, er würde dann dafür sorgen, dass sie auf der Webseite zu finden sei. Frau Scholl will diese Aufgabe aber leider nicht übernehmen.

- Hildegard Scholl möchte über die Tourist Info dazu aufrufen, dass die Brücke für Rollstuhlfahrer nicht geeignet sei. Dies lehnt der Rat ab, schon allein deshalb, weil es Rollstuhlfahrer gibt, die die Brücke, sogar aus eigener Kraft, sehr wohl passieren können..

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 22:19 Uhr.